



Nr. 558. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 28. November 1874.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

19. Sitzung des Reichstages. (27. November.)

1 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück, Leonhardt, v. Fäustle, v. Mittnacht u. A. später für Bismarck.

Heute steht der dritte der Justizgesetzentwürfe, die Civilprozeß-Ordnung nebst Einführungsgesetz zur ersten Beratung.

Abg. v. Busz: Wenn die Codification eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zehn Jahre in Anspruch nehmen sollte, so wäre das eine kurze Frist; denn denselben Zeitraum brauchte Napoleon I. für seinen Code, obwohl die große Bewegung, die Frankreich durchgemacht hatte, auf den Abschluß eines solchen legislatorischen Werkes beschleunigend wirken mußte. Savigny hat seiner Zeit geradezu den Vorsatz zu einer Codification abgesprochen, im Gegensatz zu Thibaut und kein Jurist wird heute bestreiten, daß Savigny Recht hatte. Aber in der Zeit von 1814 lebte noch jenes steigende Gefühl, die Continuität im Recht, deren Segen unsere Zeit verloren hat. Deshalb werden wir bei Bearbeitung des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches mit besonderer Vorsicht vorgehen müssen. Die Motive zur Civilprozeß-Ordnung und die Bestimmungen des Gesetzentwurfs selbst sind durch Solidität der Grundlage und ein weise abwägendes Urteil über die verschiedenen Prinzipien, welche hier zur Ausführung kommen sollen, ausgezeichnet. Richtig ist der Grundsatz aufgefaßt, daß das ganze Verfahren in seinem lebendigen Verlaufe vor dem Richter sich abwickeln muß, daß aber trotz des Principes der Mündlichkeit und Offenheitlichkeit durch ein präparatoriumsches Verfahren für das Hauptverfahren wenigstens die Umrüste gegeben sein müssen. Auch mit dem Maße, welches der Berufung und der Revision in dem Entwurf gegeben ist, bin ich einverstanden. Aber das Institut eines obersten Gerichtshofes paßt meines Erachtens wenig für einen Bundesstaat, wenngleich die Stimmung der Nation einer solchen einheitlichen Spitze zugesprochen ist.

Es ist aber ein Irrthum, wenn man von föderalistischen Bildungen und Einrichtungen eine Schädigung des Reiches befürchtet. Gerade umgekehrt sollten wir überall da, das Recht mehr und mehr föderalitisch, wo es mit der Einheit verträglich und für die Sicherheit des Rechts notwendig ist. Darum hat mich auch Art. 4 Nr. 13 der Reichsverfassung („Der Beauftragung seitens des Reiches und der Gesetzgebung derselben unterliegen: — 13) die gemeinsame Gesetzgebung über das gesamte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren“) mit einem gewissen Schrecken erfüllt und ich glaube, dieß Bestimmung könnte meinem Collegem und Landsmann Baer (Offenburg) Veranlassung geben, über das minima der Einheit bedenklich zu werden. (Eine Stimme: Bis jetzt noch nicht!) Ein überrechtes Reichsgericht kann nur bis zu einem gewissen Maße für die Einheit günstig wirken, ist aber weder das einzige noch das wirkamste Mittel zur Erreichung der Einheit. Ein besseres Mittel ist es, durch die Praxis in den höheren Gerichten stufenweise die Einheit heranzubilden; auch die Wissenschaft an den Universitäten hat dieselbe Aufgabe und tatsächlich haben sie in dieser Hinsicht überaus segensreich gewirkt. Ich fürchte, wir verhauen uns durch den obersten Gerichtshof für die Zukunft die Weiterentwicklung der Gesetzgebung. In dem Entwurf der Civilprozeßordnung ist die Privatgerichtsbarkeit und die Geistlicherichtsbarkeit in Thesachen gänzlich beseitigt. Und hier ist der Punkt, an welchem meine Berechnung für den unbekannten Verfasser der Motive noch eine kleine Ausnahme erleidet; hier scheinen mir keine Gründe nicht stichhaltig zu sein.

Die kirchliche Gerichtsbarkeit ist in der Kirche durch bestimmte Urkunden, das westphälische Friedensinstrument und den Reichsdeputationshauptschluss garantiert. Es ist ein katholisches Dogma, daß Chorälen quodam vinculum matrimonii und quadam sponsalis vor die geistlichen Gerichte gehören, denn das Concil von Trident hat diesen Satz ausgesprochen. Wenn ich daher, m. h., diese geistliche Gerichtsbarkeit hier nicht vertheidigen würde, so würde ich der Communication verfallen. (Gelächter.) Wenn der Herr Abt, Bär, daran nicht glaubt, so braucht er doch darüber nicht zu lachen. Ich nehme die Sache sehr ernst und sage: es ist kein Segen für das Reich, die geistliche Gerichtsbarkeit in Chorälen abzuwischen. Es ist ein Unglück für das ganze Reich, wenn die historische und philosophische, die liberale Auffassung sich nicht das Gleichgewicht halten.

Abg. Klöppel: Eine allgemeine Besprechung der Grundsätze der Civilprozeßordnung hätte füglich unterbleiben können, wäre sie wesentlich technischer Natur. Aber die Anlage des Verfahrens im Großen und die Construction des Prozeßes standen zu allen Zeiten mit den politischen Einrichtungen in inniger Wechselbeziehung, und so haben wir Grund zu fragen, welche Anlage des Verfahrens unserer Staats- und Verfassungsverhältnissen am meisten entspricht. Außerdem ist die Civilprozeßordnung die formale Schule des Richteramts wie der Advocatur und von größter Bedeutung für das Strafrechts- und das neu errungene Gebiet der Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Das Gefühl der vollen Anerkennung nach Form und Inhalt, welche der vorliegende Entwurf gefunden hat, habe ich am ungemeinsten damals empfunden, als er vor drei Jahren aus dem preußischen Justizministerium hervorging und zum ersten Mal den vielfach hin- und hergesetzten, zerstreuten und zerhackten Stoff in dem Brennpunkte eines originalen und weitflächigen Gedankens zusammenfaßte. Dieses Verdienst scheint mir leider stufenweise geschmälert durch die verschiedenen Nacharbeiten, welche der Entwurf erfahren hat und der Gedanke einer Annahme en bloc wurde mir in dem Augenblick zur Unmöglichkeit, als dem Entwurf durch die Wiedereinführung der Berufung von den Urteilen der Appellationsgerichte ein fremdartiges, unorganisches Element eingesetzt ist. Ich glaube, daß nach Wiedereinführung dieses Elementes, wenn man es beibehalten will, gerade das ganze vorangehende Verfahren einer reiflichen Nachprüfung bedarf. Die Reform des Civilprozeßes stand in Deutschland andere Schwierigkeiten vor, als die gleiche Arbeit auf dem Strafprozeßgebiete. Während hier die deutschen Gesetzgebungen seit 25 Jahren eine grobe Gleichförmigkeit zeigten und es nur darauf ankam, die gemeinamen Grundzüge aus sich heraus weiter zu entwideln, mußte dort zuerst die Entscheidung getroffen werden, welches von den drei selbständigen neben geringen Abweichungen in Deutschland geltenden Prozeßsystemen der Anlage nach den Vorzug verdiente. Nun gestehe ich unbefangen zu, daß vom rein technischen Gesichtspunkte aus jedes dieser Systeme den gleichen Anspruch auf innere Vollkommenheit erheben kann. Jedes ist das Product bedeutender Geistesarbeit und jedes hat sich praktisch so eingelebt, daß ein Bedürfnis nach Änderung in dem einen gewiß nicht lebhafter empfunden wird, als in dem andern.

Die Entscheidung kann hier nur die Rückicht geben, welche ich im Eingange herobgehoben habe, nämlich, welches System dem heutigen Entwicklungsstande des öffentlichen Lebens und Rechts am besten entspricht; und da steht ich nicht an, für einzig geeignet dasjenige System zu erklären, welches auf öffentlicher mündlicher Verhandlung und freier Prozeßleitung aufgebaut ist. Wie wir bemüht sind, in allen anderen staatlichen Beziehungen die freie Selbstständigkeit des Bürger herzurufen, so müssen wir auch den Vorzug demjenigen Prozeßsystem geben, welches dieses Verfahren möglichst in die engere Entwickelung der Parteien stellt und ihnen Wohl und Wehe möglichst wenig durch Staatsfürsorge zu bereiten sucht. Wenn nun aber ein bestimmtes System der Anlage des Verfahrens einmal angenommen ist, so muß auch in der Ausführung an demselben festgehalten werden und wenn dies selbstverständlich nicht bis in die kleinsten Consequenzen hinein gelingen kann, so dürfen doch in keinem Falle Bestandtheile eines anderen Systems herübergezogen werden, bloss weil sie in diesem als technisch zweitmäßig nicht bewährt haben. So scheint mir dem Grundsatz der Mündlichkeit die Lebensader unterbunden zu sein durch die Einführung der Gerichtsacten, die keinen andern Zweck haben können, als dem Richter eine Information über die Sache vor der mündlichen Verhandlung zu ermöglichen. Das aber ist der Tod des freien mündlichen Vortrages, wenn der Advocat vor einem bereits informirten Richter tritt. Ebenso ist das Prinzip der freien Prozeßleitung durch die Partei wesentlich verlegt durch die Vorschrift der sogenannten Beweisverbindung, welche die Partei nötigt, die concreten Beweismittel beizubringen, ehe noch darüber besprochen ist, ob eine Thatsache erheblich und festgestellt, ob sie bestritten ist. Die Kompetenzverteilung zwischen Einzelrichter

und Collegien scheint mir auch eine innere Scheidung der Funktionen zu erfordern.

Während dem Collegium die sorgfältigste Prüfung der abstracten Rechtsfragen obliegt, kommt es bei dem Einzelrichter wesentlich darauf an, daß er in promptester Weise eine das Rechtswirktein möglichst befriedigende Entscheidung herbeiführt. Was ihm an der Garantie der Personenzahl abgeht, muß dabei durch die größere persönliche Autorität erjezt werden, die ihm, wenn er sonst für das Amt geeignet ist, unfehlbar erwacht, wenn er dauernd ausschließlich und selbstständig in einem bestimmten Bezirk thätig ist. Eine Verbindung von Einzelrichtern zu liegenden Collegien scheint mir schon um deswillen bedenklich, weil die souveräne Thätigkeit als Einzelrichter auf die Dauer für die Einordnung in das Collegium wenig geeignet macht. Für die Collegien halte ich auch schon in erster Instanz die Besetzung mit fünf Richtern für eine willkürliche auf lebendiger Reibung der Gegenseite beruhende Diskussion unerlässlich. Weiter äußert Redner seine Bedenken gegen die im Entwurf vorgesehene Zusammensetzung der Handelsgerichte aus einem juristischen Präsidium und Kaufmännischen Richtern, welche einen inneren Gegensatz im Collegium ebenso hervorrufen, wie bei den Schöffengerichten. Die gegen die rheinischen Handelsgerichte her vorgetretenen Bedenken verleugnen teils die eigentümliche Bedeutung dieser Gerichte, bei welchem es mehr auf prompte Erledigung, als auf subtile Erörterung der Rechtsfragen ankommt. Theils werden sie dadurch beseitigt, daß mindestens gegen die rechtliche Seite der Entscheidung überall ein Rechtsmittel eröffnet werde. Schließlich spricht sich Redner nicht nur für Freiheit, sondern auch für unabdingbare Freizügigkeit der Advocatur aus. Unter dieser Voraussetzung werden sich Advoxen überall dort finden, wo es lohnende und zugleich ehrenvolle Thätigkeit für sie gibt.

Abg. Dr. v. Schulze: Wenn es überhaupt mit Rücksicht auf die beiden anderen Justizentwürfe möglich wäre, so würde ich meinerseits die Civilprozeßordnung en bloc annehmen, da ich dieses Gesetz im Großen und Ganzem für ein ausgezeichnetes, für ein in jeder Beziehung eminentes halte. Da dies aber nicht angeht, so will ich einige Specialpunkte dieses Gesetzes anerkennen. Der Civilprozeß hat es ausschließlich mit Privatstreitigkeiten zu tun. Nur ist aber der Rechtszustand in den Einzelstaaten ein so mannigfacher und verwirrender, daß Niemand sagen weiß, wann eine Rechtsache eigentlich Civilsache und wann Administratives sei. Daß es aber im Civilprozeß notwendig ist, diese Unterscheidung klar zu stellen, ist unsträglich; und es befindet sich also hier eine Lücke im Entwurf, deren Ausfüllung ich der Commission dringend empfehle. Ich weiß sehr wohl, daß diese Aufgabe keine sehr leichte ist. Ich wäre in der Lage, nachzuweisen, daß erst seit etwa 300 Jahren überhaupt in Deutschland von einer administrativen Justiz die Rede ist, während man früher alle Streitigkeiten, die irgend wie das Privatinteresse betrafen, vor den ordentlichen Richter bringen konnte. Der gegenwärtige Rechtszustand in Deutschland ist nun aber ein solcher, daß, wenn man die Praxis gewisser Kompetenzconflicts-Gerichtshöfe genau studirt, es einfach unmöglich ist, ein Princip darin zu erkennen. Ich habe mir die Mühe gemacht, seit einer Reihe von Jahren die Urteile des preußischen Kompetenz-Gerichtshofes ganz genau durchzustudiren, aber ich habe daran verzweifeln müssen, irgend welche leitende Grundsätze herauszufinden. Es wird die Aufgabe der Commission, oder da der Bundesrat das Material entschieden besser in der Hand hat, die Aufgabe dieses sein müssen, im Interesse der Rechtsicherheit die Grundsätze auszusprechen, an welchen die einzelnen Staaten sich halten können. Sodann ist im Entwurf zwar sehr detailliert die Mobilisierung behandelt, in Bezug auf die Immobilien-Execution wird einfach auf die Landesgesetze verwiesen; auch das scheint mir ein Mangel, der den Abbilden bedarf.

Ich finde ferner im Entwurf bis zu einem gewissen Grade schon die Emancipation der Frauen vorbereitet und zwar offenbar, um ihnen dann später die Advocatur zu eröffnen. (Heiterkeit.) In § 51 des Entwurfs heißt es: Die Prozeßfähigkeit einer Frau wird dadurch, daß sie Chorfrau ist, nicht beschränkt. § 73 aber gestattet den Parteien den Rechtsstreit selbst oder durch prozeßfähige Person als Bevollmächtigten zu führen. Danach kann also jede Chorfrau ohne Einwilligung ihres Gatten in eigener Sache und als Bevollmächtigter Prozeß führen. Ich tadelte diese Vorbereitung zur Emancipation der Frauen aus diesem Gebiete nicht, aber man wird dann auch später die Consequenzen dieses Schrittes ziehen müssen. — Sodann würde ich es doch für gut halten, die unabdingbare Zulässigkeit des Zeugenbeweises etwas zu beschränken. Ich weiß sehr wohl, daß wir in Deutschland bisher immer gewohnt sind, den Zeugenbeweis absolut zugelassen, aber obwohl ich sonst nicht gerade ein Bewunderer des französischen Rechtes bin, muß ich anerkennen, daß die Veränderung des Zeugenbeweises im französischen Recht ihr sehr Gutes hat. — Was die Berufung und die damit in Zusammenhang stehende Kompetenz des Reichsgerichts betrifft, so halte ich diese Frage für keine politische. Die Aenderung der Grundsätze über die Revision, so wie sie der Entwurf ausspricht, halte ich einfach im Interesse der Rechtsseinheit, das heißt der Rechtsicherheit, für geboten. Welches juristische Prinzip ist es denn, die Revision dann auszuschließen, wenn es sich handelt um das Rechtsgebiet eines Oberlandesgerichts? Was stände dann dem entgegen, daß auch der kleinste Staat ein oder zwei Oberlandesgerichte für sich schafft?

Wenn es jemand darum zu thun wäre, auf diesem Wege den absoluten Partikularismus herzustellen, so brauchte er nur die nötigen Gelder anzuwenden, um für seine 60—70.000 Seelen zwei Oberlandesgerichte zu machen und einen obersten Gerichtshof dazu. Das wird zwar in Wirklichkeit nicht geschehen, aber die Civilprozeßordnung muß auch die Möglichkeit davon ausschließen. Das Mindeste wäre, daß die Organisation aller derartigen Behörden nur mit Zustimmung des Bundesrates geschehe und ohne sie auch nicht alterirt werden dürfe.

Damit schließt die erste Beratung. Persönlich bemerk der Abg. Baer (Offenbach): Der Abg. v. Busz scheint geglaubt zu haben, ich hätte über eine Einrichtung der katholischen Kirche gelacht. Ich bitte aber sich des Vorgangs zu erinnern: Der Abg. v. Busz sprach davon, daß, wenn er hier in diesem Saale für die Abschaffung der kirchlichen Gerichte eintrete, er excommunicirt werden könne. Wir schien es in das Gebiet der Komik zu gehören, wenn in diesem Saale die Furcht vor einem römischen Bannstrafe als Motiv für ein Potum wirken sollte. Niemals wird ein deutscher Abgeordneter aus Furcht vor einem solchen Bannstrafe so oder so sprechen. Wenn der Abg. v. Busz ferner sagt, wir Badenser hätten Grund, die neue Einheit zu befeißen, so erwider ich, daß wir weit entfernt sind von jeder Neue über das, was ein patriotischer Fürst an politischen und Hoheitsrechten auf dem Altare des Vaterlandes für seine Einheit geopfert hat. (Beifall.)

Abg. v. Busz: Dem Abg. Baer gebe ich vollkommen anheim zu lachen. Was ein patriotischer Fürst gethan hat, weiß auch ich zu würdigen; aber die Meinung der Liberalen in Baden ist nicht die Meinung des ganzen badischen Volkes.

Der Entwurf der Civilprozeßordnung wird hierauf einstimmig an die 28 Mitgliedern bestehende sogenannte Zwischencommission für die Justizgesetze überwiesen und es erbringt nur noch die Entscheidung über den Antrag des Abg. Lasker, der sich auf diese Commission bezieht und also lautet: Der Reichstag wolle beschließen:

1) Mit Rücksicht auf den Umfang und die Schwierigkeit der geschäftlichen Behandlung der Entwürfe: eines Gerichts-Verfassungsgesetzes, einer Strafprozeßordnung, einer Civilprozeßordnung und der zu denselben gehörigen Einführungsgesetze seine Vereinigung auszusprechen, einem Gesetz zuzustimmen, welches: a) die zur Beratung einzugehende Commission ermächtigt, ihre Beratungen zwischen der gegenwärtigen und der nächstfolgenden ordentlichen Session des Reichstages fortzuführen; b) die Fortsetzung der Beratung über die bezeichneten Gesetzwürfe in zweiter und dritter Lesung während einer folgenden Session der gegenwärtigen Legislaturperiode ermöglicht;

2) über die Ergänzung der Commission für den Fall, daß Mitglieder derselben zwischen der jetzigen und der nächsten Session ausscheiden, sowie über die Behandlung von Anträgen, welche von andern Mitgliedern des Reichstages zu den oben bezeichneten Gesetzen außerhalb der Session des Reichstages gestellt werden, gesetzesordnungsmäßigen Wechsel vorzubehalten.

Abg. Lasker: Ich kann mich bei der Begründung kurz fassen, weil das

Haus darin einstimmig ist, die Gesetze durch eine Commission berathen zu lassen, die zwischen dieser und der nächsten Session tagt. Nach dem Standpunkt unseres verfassungsmäßigen Rechtes halten wir die Sessionen nicht so continuirlich, daß ohne ein Gesetz der Reichstag berechtigt wäre, die in einer Session begonnenen Arbeiten in der nächsten Session fortzuführen oder während der Beratung eine Commission mit der Berathung zu berathen. Dieses Hinderniß kann beseitigt werden, wenn ein solches Gesetz vereinbart wird und der Tenor meines Antrages giebt es anheim, daß aus der Mitte des Bundesrates vielleicht die Initiative ergriffen wird, um die materielle Berathung möglich zu machen. Das Gesetz wird sich auf die Beseitigung der materiellen verfassungsmäßigen Hindernisse zu bekränzen haben. Die Geschäftsordnung des Reichstages selbst wird nur in zwei Punkten auffällig. Das Haus muß sich nämlich vorbehalten, neben den 28 Mitgliedern noch eine Anzahl von Mitgliedern zu bezeichnen, welche an die Stelle der Mitglieder treten können, die durch irgend welche Umstände bewegen werden, aus der Commission auszusteigen, ehe sie ihre Arbeit vollendet hat. Der Reichstag muß solche Ergänzungsmitglieder notwendig vorher bezeichnen, die zwischen den Sessionen eine solche Ernennung nicht stattfinden kann. Ferner muß es den Mitgliedern, welche nicht der Commission angehören, freigestellt und ermöglicht werden, Anträge an die Commission gelangen zu lassen.

Präsident Delbrück: Die verbliebenen Regierungen haben so wenig wie die Herren Antragsteller die großen Schwierigkeiten verkannt, welche die Berathung der in Rehe stehenden Gesetzwürfe voraussichtlich haben würden. Sie haben eine Initiative so lange nicht ergriffen, als nicht aus dem Hause selbst eine bestimmte Ansicht über diese Frage laut geworden ist. Ich glaube aber sagen zu können, daß die verbliebenen Regierungen bereitwillig ihrerseits die formelle Initiative ergriffen werden, wenn, wie anzunehmen ist, heute eine solche Ansicht hier ausgesprochen wird.

Abg. Windthorst: Ich werde dem Antrage, den ich unterschrieben habe, beisteuern. Ich kann aber nicht unterlassen zu sagen, daß es mir leidtisch leicht wird, das zu thun, weil die Aufgabe des Princips, daß man nicht von einer Session zur andern Arbeiten vertagen soll, eine sehr ernste Sache ist, die ihrer Consequenzen wegen bedenkliche Folgen haben könnte. Dann giebt diese Art der kommunikativen Behandlung der Commission ein Maß von Vertrauen und Entscheidung in die Hand, wie es kaum wünschenswerth sein könnte. Indessen kann ich doch nicht versichern, daß man aus diesem Vorgange keine Consequenzen für andere Fälle ziehen wird.

Der Antrag des Abg. Lasker wird darauf einstimmig angenommen. Schluss 3½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Berner Postvertrag; Interpellation Schulze-Delius; Einführung des Quartierleistungsgesetzes; Schlüsselung in Württemberg; Anleihe für die Telegraphen-Beratung; Etat und Anleihe für Elsäss-Lothringen; deutsche Seeartwehr.)

Berlin, 27. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Regierungsrath und ersten Syndicus der schlesischen General-Landschafts-Direction, von Gotha, zu Breslau den Königlichen Kronen-Orden zweiter Classe; dem Ritterfürster Hahnius zu Rosenberg im Kreise Labiau den Königlichen Kronen-Orden vierter Classe; den Lehrern Geißler zu Stralsund im Kreise Bunzlau und Chilomer zu Grabowsee im Kreise Wreschen den Adler der Inhaber des Königlichen Hauses-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Privat-Secretär Hermann Gorissen zu Cleve die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat der Wahl des Oberlehrers am Gymnasium in Paderborn, Dr. Bernhard Wernede, zum Director des Kaiser Wilhelm's-Gymnasiums in Montabaur die Anerkennung bestätigt.

Dem Herrn Charles Sander ist Namens des Deutschen Reiches das Equecur als Vice Consul General der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin ernannt worden.

Dem Oberlehrer Dr. Heinrich Wilhelm Schaefer am Gymnasium zu Flensburg ist das Prädicat „Professor“ beigeleitet worden. Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Hugo Franzky am Gymnasium in Spandau zum Oberlehrer ist genehmigt worden.

Das den Herren Hardt und Schleb zu Köln unter dem 10. September 1873 ertheilte Patent auf eine Verbindung der Steuerung zweier Motoren ist aufgehoben.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Rothke bei dem Kreisgericht zu Rothenberg in Oberschlesien, der Gerichts-Assessor Philipp bei dem Kreis-Gericht in Kempen, und der Gerichts-Assessor Dr. Simon bei dem Kreis-Gericht zu Gladbeck, mit der Funktion als Gerichts-Commissarius in Reitershau. Der Notar Le Hanne in Simmern ist in gleicher Amtsgegenwart im Kreisgerichtsbezirk Cöpen im Landgerichtsbezirk Aachen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Cöpen, vereift worden. Der Referendarius Emil Paul Reiß aus Frankfurt a. M. ist auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Advocaten im Bezirk des Königl. Appellationsgerichts derselbst, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Frankfurt a. M., ernannt worden.

Berlin, 27. November. [Se. Majestät der Kaiser

die Nachtheile fern zu halten, welche von der Eventualität einer jedesmaligen örtlichen Verlegung der obersten wissenschaftlichen Leitung beim Wechsel des Vorstages in der Central-Direction unzertrennlich sein würden. — Die Statuten selbst besagen, daß die Centraldirection, in welche die drei Mitglieder der bisherigen eintreten, mindestens aus 9 Mitgliedern besteht, zu denen die Akademien der Wissenschaften zu Berlin, Wien und München je zwei ernennen, ohne dabei an den Kreis ihrer Mitglieder gebunden zu sein. Der Vorsitzende hat in Berlin seinen Wohnsitz. Die Centraldirection wählt die übrigen Mitglieder (außer jenen sechs) falls Vacanzen eintreten oder die Zahl von 9 Mitgliedern überschritten wird. Die Centraldirection hält hier ihre Zusammenkunft jährlich um Oster in Berlin, wozu der Vorsitzende einige Wochen vorher die Mitglieder schriftlich einlädt. Hier wird dann alles für die wissenschaftliche Leitung der Arbeiten wesentliche bestimmt, über die Folge der Publicationen, die Verlagscontracte, etwaigen Neudruck einzelner Bände der Mon., die erforderlichen Reisen, Beschluß gefaßt u. s. w. Den Bericht des Vorsitzenden überreicht die Akademie zu Berlin dem Reichskanzleramt, welches ihn auch der österreichischen Regierung mittheilt. Die in Berlin wohnenden Mitglieder bilden den permanenten Ausschuß, der in Notfällen auch eine außerordentliche Zusammenkunft der Centraldirection berufen kann. Die auswärtigen Mitglieder erhalten für die Zeit ihres Aufenthalts 20 Mark Diäten und ferner Reisekosten. Ebenso die nicht in Berlin wohnenden Leiter einzelner Abteilungen, falls sie nach Berlin berufen werden. Für die wissenschaftlichen Arbeiten der Direction, Mit- und Hülfsarbeiter werden entweder Honorare oder Fahrgehalte oder Beides nach Bestimmung der Centraldirection gezahlt. — Endlich sind dem Bundesrat noch die Additional-Artikel zu dem am 26. März 1868 zwischen dem Norddeutschen Bunde und Belgien abgeschlossenen Vertrage, betreffend den gegenseitigen Austausch von kleineren Packeten und von Geldsendungen nebst einer Denkschrift vorgelegt.

= Berlin, 27. Novbr. [Die Festungen in Elsaß-Lothringen.] Dem Bundesrath ist ein Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes vom 8. Juli 1872, betreffend die französische Kriegskosten-Entschädigung vorgelegt worden, dessen einziger Paragraph wie folgt lautet: die zur Wiederherstellung, Befestigung und Ausstattung der in Elsaß-Lothringen gelegenen Festungen, sowie zur Erbauung und Einrichtung von Kasernen, Lazaretts- und Magazin-Anstalten in den offenen Garnisonstädten von Elsaß-Lothringen nach Maßgabe des Gesetzes vom 8. Juli 1872 aus der französischen Kriegskosten-Entschädigung flüssig zu machende Summe wird auf 42,980,950 Thlr. erhöht. Von dieser Summe sind in Abänderung der Ziffer 3, Artikel I., desselben Gesetzes zu verwenden; 3) für den fortifizatorischen Ausbau der Elsaß-Lothringischen Festungen Straßburg, Mez, Bitsch, Neu-Breisach und Diedenhofen 20,730,000 Thaler". In den Motiven wird dargelegt, wie man die möglichste Vereinfachung der fortifizatorischen Projekte in den Reichslanden sich zur Norm gemacht habe, aber durch die Verhältnisse zu Mehrforderungen geneigt worden sei. Die Gründe — heißt es wörtlich — für das angegebene Mehrforderniß gegen die ursprünglich angenommenen Kosten liegen zum größeren Theile in der im Laufe der vergangenen Jahre eingetretenen außerordentlichen Preiseiteigung, dann aber auch darin, daß bei den rasch aufgeföhrten und mangelhaft konstruierten französischen Bauten der älteren vier Forts bei Mez vielfache Einstürze eingetreten und daß endlich die definitive Regelung der von der französischen Regierung vorgenommenen Belegerung des Terrains für die Befestigungsbauten bei Mez unerwartete Ausgaben verursachte. Die Arbeitslöhne für Erdarbeiter und Maurer sind in Mez seit dem Jahre 1871 um 16,6 Procent bzw. um 28,6 Procent, die Preise der Mauerarbeiten im Ganzen um 25 Procent gestiegen. Der Preis der Schmiedeeisen betrug im Jahre 1873 nahezu das Doppelte desjenigen vom Jahre 1871. Die durchschnittliche Steigerung sämlicher Material- und Lohnpreise beträgt für Mez 20 Procent, für Straßburg etwa 19 Procent; für die weniger umfassenden Bauten von Diedenhofen und Neu-Breisach stellt sich dieselbe auf 16 Procent beziehungsweise 15 Procent. In Bezug auf die Einstürze französischer Bauten heißt es in den Motiven: Die Wiederherstellung eingestürzter französischer Bauten an den älteren vier Forts bei Mez hat einen Kostenaufwand von über 610,000 Thaler verursacht. Diese an sich schon äußerst schwach und mangelhaft konstruierten Bauten waren von den Erbauern, wohl in Voraussicht des Krieges, zu früh und zu rasch mit Erde beschüttet, und hatten dadurch Destructionen erlitten, die sich Anfangs der Wahrnehmung entzogen, sich dann aber unaufhaltsam vergrößerten und schließlich zu Einstürzen führten. Es wird ferner nachgewiesen, daß die Vorlage keine neuen Zustände und finanziellen Veränderungen durch die Mehrforderungen schafft. Die Deckung des Mehraufwands von 2,730,000 Thaler kann aus den Beständen der französischen Kriegskosten-Entschädigung unbedenklich erfolgen, indem nach Ausweis der Denkschrift vom 13. Februar d. J. von dem zur Theilung unter die verbündeten Staaten verbliebenen Betrag von 797,047,981 Thalern für mögliche Ausfälle an den berechneten Einnahmen bezw. für Mehrfordernisse bei den Ausgaben eine Reserve von 4,047,981 Thalern zurückgehalten worden ist, deren Benutzung für das vorliegende Bedürfniß ihrem eigentlichen Zwecke nicht nur vollkommen entspricht, sondern auch nicht ausgeschlossen zu werden braucht, da die Einnahmen aus der französischen Kriegskosten-Entschädigung c. ungefähr in dem erwarteten Betrage eingegangen sind und sich durch die aus der vorübergehenden Anlegung der Kriegskosten-Entschädigung gelber erwachsenen Zinsen nicht unwesentlich erhöht haben. — Ferner sind dem Bundesrath die Additional-Artikel zu dem zwischen dem Norddeutschen Bunde und Belgien abgeschlossenen Vertrage, betreffend den gegenseitigen Austausch von kleinen Packeten und von Geldsendungen vorgelegt, es sind 4 Artikel, welche die bisher hervorgetretenen Lücken in dem Vertrage ausgleichen, welche seit Einführung einer neuen ermäßigte Fahrposttaxe in Deutschland hervorgetreten waren. Die belgische Verwaltung legte auf Abänderung der bisherigen Vertragsbestimmungen um so größeres Gewicht, als trotz der wesentlichen herabgesetzten Post-Freiverhandlungsgesellschaft im Verkehr zwischen Deutschland und Belgien noch immer der Missbrauch vorbestand, daß von den Absendern vielfach nur ein ganz geringer Betrag bei der Post als Werth angegeben, der wahre Werth dagegen bei Assecurengesellschaften versichert wurde.

[Elise Hessels.] Neuerem Vernehmen nach wird nunmehr nach dem Spruch des Kammergerichts die Entlassung der Elise Hessels (aus dem Prozesse gegen den Präsidenten v. Wurmb her bekannt) aus der Gefängnishaft erfolgen. Es soll constatirt sein, daß dieselbe von den Aerzten als mit einer „frenn Idee“ behaftet bezeichnet worden.

Köln, 26. Nov. [Urtheil.] Wie bereits mitgetheilt wurde der verantwortliche Redakteur der „Köln. Volkszeitung“, von der Beschuldigung, durch die oft besprochene Wiener **-Correspondenz (in welcher über eine angebliche Neuhebung Sr. Majestät des Kaisers bezüglich des Kissingen Attentats berichtet war) gegen den § 131 des St.-G.-V. verstoßen zu haben, freigesprochen. Dagegen hatte das öffentliche Ministerium Berufung erhoben, welche die Zuchtpolizei-Appellkammer heute

nach kurzer Verhandlung verworf. Der Strafantrag laute auf zwei Monate Gefängnis.

Essen, 24. November. [Zur Charakteristik des preußischen Klassenwahl-Systems] liefert unsere Stadt einen wertvollen Beitrag. Die erste Abtheilung nämlich, welche 3 Stadtverordnete wählen soll, besteht aus einem Wähler, dem bekannten Krupp. Bei der kürzlich abgehaltenen Wahl erschien denn auch dieses aus einem Mann bestehende Wahl-Collegium vollzählig und wählte — ernannte wäre wohl richtiger — drei Stadtverordnete.

Aus Kurhessen, 25. November. [Zur Ausführung der Kirchengesetze.] Die „Freie Hessische Zeitung“ bringt folgende befreimende Mittheilung d. d. Biegenhain, 21. November: „Heute wurde unter Begleitung einer Anzahl Gläubiger der zur Verbüßung einer $\frac{1}{4}$ -jährigen Gefängnisstrafe wegen unerlaubter Bornahme von Amthandlungen vom Kreisgerichte zu Limburg verurtheilte Caplan Huber aus Balduinstein zur hiesigen Strafanstalt eingeliefert. Da ihm Selbstbefreiung gestattet ist, so wird eine Umkleidung in die Sträflingsuniform nicht stattfinden. Jedemfalls jedoch wird das Haupthaar unter die Scheere kommen.“ Seit wann werden denn die wegen Übertretung der Maigeseze verurtheilten Priester in den Gefängnissen gehörigen? Entweder liegt hier ein Irrthum oder eine Cometenzüberschreitung vor.

Nürnberg, 24. Novbr. [Der deutsche Volksverein] in Nürnberg hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, nachstehende Resolution gegen den Landsturmgesetzentwurf an den Reichstag — zu Händen des Abg. Sonnenmann abzugehen zu lassen:

Das Landsturmgesetz ist in der dem Reichstage zur Annahme vorgelegten Form durchaus uneinbar mit der Wahlfahrt des deutschen Volkes. Es legt die unbeschränkte Verfügung über das Wohl und Wehe der ganzen männlichen Bevölkerung zwischen dem 17. und 42. Jahre in die Hand eines Einzelnen; es führt eine Verlängerung der gesetzlichen festgestellten 12-jährigen Kriegsdienstpflicht um weitere 10 Jahre mit sich; es trifft in erster Linie die schon gebildete Mannschaft und befreit unter dem trügerischen Namen „Landsturm“ nichts Anderes, als eine ungeheure Vermehrung des stehenden Heeres, eine Landwehr zweiten Aufgebots, unter dem in den Motiven ausdrücklich ausgesprochenen Vorbehalt der Organisirung des eigentlichen Landsturmes durch das Volk selbst im Falle der äußersten Noth. Die hierdurch zu erreichende Verstärkung der zum Angriffe gleich sehr wie zur Vertheidigung verwendbaren Streitkräfte muß notwendig das bereits vorhandene Misstrauen der europäischen Staaten gegen das deutsche Reich, an dessen Spitze das durch seine Eroberungspolitik groß gewordene Preußen steht vermehren, und die unter der Last des Militarismus leidenden Völker in immer höheren Maße zu militärischen Leistungen antreiben. Das vorliegende Landsturmgesetz ist daher unannehmbar, und erwarten wir vom deutschen Reichstage, daß er demselben in dieser Form entschieden seine Zustimmung verweigere.“

Würzburg, 24. November. [Eine sozial-demokratische Versammlung,] in welcher der Agitator Grillenberger aus Nürnberg über das Landsturm-Gesetz referierte, nahm folgenden Protest an: „Die in Würzburg tagende Volks-Versammlung protestirt entschieden gegen die Einführung des Landsturm-Gesetzes, hält es aber unter ihrer Würde, dem jetzigen Reichstage, der das Vertrauen der Versammlung nicht besitzt, eine Petition hinzugeben einzureichen.“ (Ist ja auch nicht verlangt worden. D. Red.)

Straßburg, 24. November. [Der Abg. Abbé Gerber] hat an das „Els. Journ.“ einen auffallenden Brief gerichtet, in welchem er gegen Neuherungen eines Berliner Correspondenten dieses Blattes erläutert. Dieser hatte geschrieben, durch die Reichstagverhandlungen vom 14. d. M. über die Gerichtsprache in den Reichslanden seien die Elsaß-Lothringischen Abgeordneten „zur Überzeugung gelangt, daß sie, unter Anerkennung der Macht der Verhältnisse, für ihr eigenes Vaterland im Reichstage nach Kräften wirken wollen.“ Gerber fragt, wie der Correspondent die Gedanken dieser Abgeordneten zu errathen vermeinen könne; sie wären um so weniger geneigt, demselben ihre Gedanken oder ihre Richtigkeit mitzuteilen, als die Art, wie derselbe über die Elsaß-Lothringen betreffenden Verhandlungen Bericht erstattete, den Lesern „eine ganz ungenaue Vorstellung zu geben geeignet war.“ Diese Bemerkungen unterstellt das „Els. Journ.“ einer eingehenden Betrachtung. Es weist darauf hin, daß jene Abgeordneten nicht klar und entschieden in ihrem Vorgehen sind. Dieselben haben einen Anlauf genommen, für die Interessen des Landes im Reichstage Sorge zu tragen, haben aber gerade damit den Zorn ihrer Freunde in Frankreich erregt. Die französischen Blätter haben sich der Sache bemächtigt, und „République française“, „19. Siecle“ und „Opinion nationale“ haben geklitten und gedonnert. „Treibt doch clerical Polit unter dem Vorwande, nationale Politik zu treiben“ schrie der eine, „was Herr Guérard und Genossen betrifft, so hat Herr v. Bischoffsheim Recht, über sie zu lachen“, spottete ein anderer, „solche Franzosen werden ihm nie sehr gefährlich werden, im Gegentheil. Herr Abbe Guérard liefert hier von Beispiel und Beweis“. — „Das ist es nun gerade“, sagt das „Els. Journ.“, „was Herrn Guérard augenscheinlich beläßt, so daß er nicht mehr weiß, wo ihm der Kopf steht bei all dem Streit, der sich über seine Person entspannt. Man denkt sich nun noch die Verweise, die Beschimpfungen hinzu, die von allen Seiten auf ihn hereinstürmen müssen, wie früher auf Se. Hochwürden den Bischof von Straßburg, anlässlich dessen denkwürdiger Erklärung, und man wird begreifen, daß dieser Abgeordnete, der noch nicht an solche Kämpfe gewöhnt ist und bloß sein geistliches Amt verrichtet hat, das jede Hingabe, jeden Haß, jede Leidenschaft, jeden Antagonismus ausschließt und ausschließlich einen friedliebenden, verhöhndenden Charakter hat, von übler Laune befallen sei. Der gerade Weg, Ihr Herren Abgeordneten, ist der einzige zu besiegende.“

Schwetz.

Zürich, 23. November. [Der Streit zwischen Staat und Clerus. — Zum Schulwesen. — Eine Dispensgeschichte. — Die Kirchenregister im Jura. — Verschiedenes.] Wir beginnen wieder mit geistlichen Geschichten. Der Zug der Zeit ist allerdings sehr ungewölkig, aber die Beschäftigung mit der lieben Geistlichkeit, welche sich in die Zeit nicht zu schicken weiß, wird uns ja förmlich aufgedrängt. Der Staat und die uns nächsten kirchlichen Interessen führen einen eigentlichen Kampf um's Dasein; es gilt, die geistlichen Feinde abzustreifen und den kyrchlichen Krankheitsstoff anszustossen, damit die Wohlfahrt der Gesamtheit und der Einzelnen in ihrer Entwicklung freie Bahn finde. Die civilistre Menschheit darf sich nicht mehr gefallen lassen, daß „Verlust und Wissenschafft“ von unzurechnungsfähigen Dunkelmännern oder schlauen Bonzen auf den Kopf gestellt werden, sie muß das Gegentheil dessen durchsetzen, was Msgr. Capel, der beliebte Damenprediger und Rector der katholischen Universität London, mit barbärtiger Naivität verkündigt: „Die geistliche Macht ist der weltlichen überlegen und bezeichnet der legitimen und sich selbst ihre Grenzen.“ In der That sehr bequem, um so mehr, als die geistliche Macht für „sich selbst“ gar keine Grenzen anerkennt. In der Schweiz ist der „Kampf um's Dasein“ auf guten Wegen; die widerhaarte katholische Minderheit wird zuletzt an der neuen Bundesverfassung und ihren Folgerungen zerschellen. Das neue Schulgesetz von Graubünden wird allen confessionellen Religionunterricht aus der Schule verbannen. — Im Aargau ist gestern leider in der Volksabstimmung das Gesetz über bessere Lehrerbefolzung gescheitert, theils durch bairische Knorzer, theils durch ultramontane

Wähler. Ein Blatt schrieb: „Die Lehrer sind zu Handlangern des Freimaurerthums aussehen und die Schule ist jene Anstalt, deren Hauptaufgabe nach dem Willen dieser Leute darin besteht, ein neuheilisches Geschlecht heranzubilden. Die Schule ist bereits in eine Stätte des Unglaubens umgewandelt. Gebt uns christliche (d. h. pfäffische) Schulen oder dann gebt uns Freiheit des Unterrichts! Bis dahin schreiben wir Nein.“ — Die unter jesuitischen Einfluss stehenden Luzerner Staatsbehörden führen ihre Razzia gegen alle Lehrer, die nicht unbedingt den Weihwedel anbeten, gründlich fort. Tüchtige verdiente Lehrer, welche 20 bis 30 Jahre ihre Schuldigkeit gethan, werden der „Religionstraf“ wegen abgesetzt und an ihre Stelle ganz dumme junge Leute und noch lieber Lehrschwestern und Nonnen gebracht. Immerhin wird auch da Rath zu schaffen sein; in Folge der Bundesrevision wird der eiserne Bundesbeamten den geistlichen Unrat forzuhören wissen. In der liberalen Hauptstadt hilft man sich schon selbst, wie das der schon mittheilte Beschluß des Stadtraths gegen die Kapuziner beweist. — Gegen die römische Geldriga wußte ein Bauer zu Pfaffen im Luzernischen ein gutes Mittel. Er will die Witwe seines Bruders ehelichen. Der Pfarrer sagt: kostet 150 Fr. Dispens nach Rom. Der bischöfliche Commissar Winkler in Luzern läßt gnädig die Hälfte ab. Der Bauer aber hat die Trödelkasten und erklärt: ich gehe nach Olten zum altkatholischen Pfarrer, der es umsonst thut. So hat die heil. Kirche wieder ein schlechtes Geschäft gemacht. — Chatalanat, Chef des cantonalen statistischen Bureaus im Bern hat die Führung der bürgerlich-kirchlichen Register im katholischen Jura einer Prüfung unterzogen und die größten Fehler aufgefunden. Die letzteren belaufen sich bei den Sterbefällen auf 6,51%, bei den Todgeborenen auf 52,2%, bei den Geborenen im Gangen auf 15,1%, bei den lebend Geborenen auf 13,73%, bei den im ersten Jahre gestorbenen Kindern auf 1,23%. Eine schöne Buchführung! — Der Große Rath von Wallis hat den Gesetzentwurf über die Aufhebung der geistlichen Ehe-Gerichtsbarkeit an eine Commission gewiesen; man schimpfte zwar weidlich auf den Bund, konnte sich aber seines Damoklesschwertes nicht erwehren. — Die Väter des aufgehobenen und besorgten Klosters Mariastein haben das Schloß Reichenbach noch nicht angekauft; es sind ihnen fast ein Dutzend anderer Dertilitäten in Frankreich zum Kauf angeboten werden. — Doch jetzt wieder zur schönen Welt! — Für den Besuch des geographischen Congresses in Paris 1875, mit dem eine Ausstellung verbunden sein wird, soll von Bundeswegen dem Oberstleutnant Huber als Commissar ein Credit von 5000 Fr. bewilligt werden. — Die kleine Schweiz hat mit der artigen Summe von 18,500 Fr., welche der internationale Postcongress kostete, recht brav ihre Schuldigkeit gehabt. — Nach englischem Vorbild hat der Große Rath von St. Gallen zwei tüchtige Gesetze erlassen: über die öffentliche Gesundheitspflege durch Stadt und Gemeinden und gegen die Lebensmittel-fälschung mit sehr strengen Strafen. — In Zürich hielt der Verein für Wahlreform (Präsident Dr. Wille, Schweizerbürger aus Hamburg) eine Versammlung ab, um für die Einführung der proportionalen Vertretung der Wähler, welche auch den Minderheiten zu ihrem Recht verhilft, Propaganda zu machen. — Die freiwilligen Schießvereine, welche besser Ergebnisse als das reguläre Militär liefern, haben es im Canton Zürich auf die Zahl 209 und 6479 Mitglieder gebracht; sie erhielten im v. J. von Canton und Bund einen Zuschuß von 36,329 Fr. — Der Italiener Umitta in Genua wird nicht ausgesetzt und ist in Freiheit gesetzt worden; der Bundesrat hat die Belegerung der Genfer-Regierung als begründet anerkannt, und die italienische Regierung selbst bestand nicht mehr auf der Auslieferung. — Graf Venazzani, einer der Tausend Garibaldi's ging mit Büchern und Werbemitteln von seinen Walliser Bleiglanzminen durch, ohne seine Arbeiter zu bezahlen; er ist aber in Basel festgenommen worden, ebenso wie sein Genosse de Breckenvort, dessen Auslieferung wegen betrügerischen Bankrotts die belgische Regierung begehrte. — Ein 88-jähriger Jäger im Canton Bern empfing so eben sein 72stes Jagdpatent diesmal aber geschenkt.

Italien.

Rom, 24. November. [Die italienische Thronrede.] Die bereits telegraphisch signalisierte Thronrede, mit welcher König Victor Emanuel am 23. d. M. das italienische Parlament eröffnet hat, lautet nach der „Opinione“ folgendermaßen:

Meine Herren Senatoren und Deputierten! In dem Augenblicke, da ich mich wieder innen der Vertreter der Nation befinden, ist es mein erster Gedanke, an die italienische Volk für seine anlässlich meines fünfzigjährigen Regierungs jubiläums erfolgten herzlichen Kundgebungen Worte des Dankes zu richten. Diese Kundgebungen waren meinem Herzen um so wertvoller, als sie durchaus freiwillig und allgemein waren. Ich hege die feste Zuversicht, daß der Eifer, mit welchem die neue Legislatur die Durchführung der Neorganisation des Staates sich weiter angelegen sein läßt, der Beunruhigung gleich sein wird, von welcher mir das Land Beweise gegeben hat. Gladbach für die bürgerliche Geiegebung Einigkeit erzielt worden ist, muß dies auch für die Strafgezegebung der Fall sein. Letztere ist im Senate einer reißenden Prüfung unterzogen worden und wird Ihnen wieder vorgelegt werden. Ich hoffe, daß aus Ihren Berathungen ein Gesetzbuch hervorgehen wird, welches der Wissenschaft und des italienischen Namens gleich würdig ist. Die vom Lande verlangte und seitens der Regierung verhiebene Reform des Handelsrechts wird die Aktionengesellschaften zum Ausgangspunkte nehmen. Die Einigung der Regierung auf diesem Gebiete wird beeindrückt, die Verantwortlichkeit der Administratoren dagegen wirksamer gemacht werden.

Meine Regierung wird Ihnen ferner verschiedene Maßregeln vorstellen, um die öffentliche Sicherheit in denjenigen Provinzen, wo dieselbe ernstlich gestört wurde, wieder herzustellen. Sie werden, indem Sie diese Maßregeln genehmigen, das Beispiel der civilistesten Nationen und der für die öffentlichen Freiheiten am wichtigsten bedachten Parlamente befolgen, welche der Beratung der Völker anheimfallen, wenn sie nicht die Sicherheit der Personen und des Vermögens gewährleisten.

Die neuen militärischen Einrichtungen haben sich gut bewährt und ich bin stolz auf die Fortschritte des Heeres, an welches mich die lebhaftesten Neigungen und die heuersten Traditionen meines Lebens fesseln. Dieses Werk muß zu Ende geführt und für die Vertheidigung des Staates Sorge getragen werden. Die Kriegsmarine, von welcher unsere Zukunft auf die Zukunft in so hohem Grade abhängt, wird gleichfalls einen Gegenstand Ihrer Berathungen bilden.

Meine Regierung wird Ihnen auch Gesetzentwürfe vorlegen, welche darauf abzielen einige Steuern zu reformieren, um dieselben gleichmäßiger zu verteilen, zu vereinfachen und fruchtbringender zu machen. Dies wird den Anfang einer stufenweise Reform unseres Steuer- und Verwaltungsystems bilden, welches, in einer schwierigen und erregten Zeit geschaffen, einer vernünftigen Revision bedarf. Unterdessen muß neue Ausgaben eingeholt werden; das Parlament wird sich daher nur mit denjenigen zu beschäftigen haben, für welche bereits Verpflichtungen eingegangen worden sind oder deren Dringlichkeit außer Zweifel steht. Meine Regierung wird Ihnen deshalb gleichzeitig neue Maßregeln unterbreiten, welche dazu bestimmt sind, jenen wohlbewilligen Ausgaben die Spize zu bieten. Wenn Sie von den angeführten Normen nicht abweichen, wird es Ihnen gelingen, das Gleichgewicht im Staatshaushalte des Königreichs wiederherzustellen, woran der glänzende Wunsch der Nation gerichtet ist. Die Erreichung dieses Ziels wird die volle Belohnung für so viele Opfer sein, welche das Land mit edlem Muthe ertragen hat. So wird die Wiederherstellung Italiens, jedes Makels baar, auch den in der Geschichte der politischen Veränderung so seltenen Ruhe haben, daß sie niemals auch nur den Gedanken, dem öffentlichen Vertrauen unterzuwerden, zu lassen.

Meine Herren Senatoren und Deputierten! Ich bin glücklich Ihnen vertrauen zu dürfen, daß wir uns in den besten Beziehungen zu allen auswärtigen Mächten befinden. Mit Freude empfange ich fortwährend Beugnisse

der Werthschätzung, welche die übrigen Nationen der Freundschaft Italiens zu Theil werden lassen. Dies ist der Lohn für die Mäßigung und die Entscheidlichkeit unserer Haltung. Indem Italien auf diesem Wege fortfährt, wird es auch in Zukunft zeigen, daß die mit der Ordnung verbundene Freiheit die schwierigsten Probleme, zu lösen vermag, und daß es sein ruhmreiches Ziel nicht verfehlten wird. Die Vorstellung hat uns bei jedem Schritte unterstützt, und dieses Vorrecht hat sich für die Bevölkerung durch reiche Gründen freigebig erwiesen. Hierin werden die weniger bemühten Klassen, deren Wohlbesind, mit jederzeit am Herzen liegt, eine Unterstützung finden. Dan ken wir gern! Gott und fahren wir fort, durch die beständige Tüchtigkeit unserer Vorsteher und unserer Handlungen uns der Unterstützung und des Beifalls des höchsten würdig zu erhalten."

Französisches

* Paris, 26. November. [Der Bischof von Orleans] hat an den Chefredakteur der „Étoile“ von Angers folgenden Brief geschriften:

Mein Herr! Gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, daß Ihr Blatt in Dem, was es über meinen letzten Hirtenbrief äußert, meine Ansichten und Gefühle verkannt hat. Ich hatte damit nur Eins im Auge! einen Auftrag an das Gewissen jedes Einzelnen, ohne irgendwo verlesen oder auch nur nennen zu wollen. Meine Ansicht saß sich ganz in den Worten zusammen: „In der äußersten Gefahr dieser Stunde muß ein Jeder sich fragen, welcher Theil von Verantwortlichkeit vor Gott und den Menschen auf ihn fällt.“ Ich bleibe dabei, daß, wer immer in einer solchen Krisis die Spaltungen nährt, das Uebel kostet, um zum Guten zu gelangen, auf sein Ziel losgeht, ohne die Mittel zu prüfen und die Folgen zu berechnen, die unantastbare Fundamentalprinzipien der christlichen Moral mißachtet. Ich sagte es vor acht Tagen und heute haben wir schon wieder einen neuen und triftigen Grund, zu rufen: Wir schreiten dem Abgrund entgegen, wir sind ihm schon ganz nahe. Wer ihn sehen will, ist blind und hat den Verstand verloren. Wer ihn sieht und ihm doch entgegengtritt, wer es verhindern kann und nicht verhindert, begibt ein Verbrechen. Dies ist der Schrei meines Gewissens. Urtheilen Sie darüber, wie es Ihnen gut dünkt. Jeder, der den Glauben und Frankreich wahrhaft liebt, wird mich verstehen. Genehmigen Sie u. s. w.

Paris, den 25. November 1874.

† Félix, Bischof von Orleans.

Die Phrase von Denjenigen, welche „das Völkere wollen, um zum Guten zu gelangen“, kann sich selbstverständlich nur auf die äußerste Rechte und den Grafen Chambord selber beziehen.

Großbritannien.

A. A. C. London, 25. Novbr. [Das französische Nationalgeschenk an England] Monseigneur Dagamey, der Präsident des französischen Comités für die Organisierung eines Nationalgeschenks an das englische Volk in Anerkennung des Beistandes, den es den Franzosen während des französisch-deutschen Krieges geleistet, hat dem Lordmayor von London Mittheilung von der Vollendung seines Werkes gemacht. Der Band, der die Unterchriften Denjenigen, die zu dem Geschenk Beiträge lieferen, enthält, wird demnächst der Königin überreicht werden.

[Admiral Sir Leopold M'Clintod] hat Instructionen erhalten, aus den Reise-Dampfschiffen in Portsmouth zwei auszuführen, die einen Theil der Polar-Expedition ausmachen sollen. Zu der staatlichen Nordpol-Expedition ist dem „Dundee-Advertiser“ zufolge eine Commission erfahrener Polarschiffer, bestehend aus den Admirals M'Clintod, Sherard Osborne und Richards, sowie dem Hydrographen der Admiralty, Capitän Evans, ernannt worden. Es haben sich bereits über 100 Lieutenants um Posten in der Expedition gemeldet.

Selber die Taufe und Confirmation des Erzbischofs von Canterbury) ist seit seiner Erhebung zur Bischofswürde viel hin und her geschrieben worden. Bekannt ist ja, daß er einer presbyterianischen Familie entstammt, als Presbyterianer geboren ist, und noch heute starke presbyterianische Neigungen hat, wegen deren ihm natürlich die hochkirchliche Partei gram ist. Dauer wird alle paar Jahre die alte abgedroschene Frage aufs Neue ans Tagelicht gezogen und dem Bischof nachgerufen, er sei nicht kirchlich getauft, nicht kirchlich konfirmirt, seine Amthandlungen seien daher nicht geistlich gültig. Die Zweifel an seiner vollen Gültigkeit der Confirmation durch Bischofshand hat Erzbischof Lait neulich selbst in einem Briefe an den Bischof von Ex, welchen dieser im „Guardian“ veröffentlicht hat, widerlegt. Die Zweifel an seiner Taufe widerlegt heute ein schottisches Blatt durch Abruck der Eintragung in der Familienbibel der Lais von Harrietown, der Familie des Primas. Da ist in der Handschrift der Mutter Lait's zu lesen: „Archibald Campbell Lait wurde geboren am 21. December 1811 und getauft durch den ehrwürdigen Dr. Macnight am 10. Februar.“ Dr. Macnight war Geistlicher der schottischen Staatskirche, also Presbyterianer. Die presbyterianische Taufe wird indessen in der anglikanischen Kirche als gültig anerkannt, wie überhaupt jede, die im Namen der heiligen Dreieinigkeit geschieht.

Schweiz.

Christiania, 22. Novbr. [Tötung eines Strafgefangenen. — Handelschule.] Vor längerer Zeit wurde in der Strafanstalt zu Bergen ein Gefangener dadurch getötet, daß er eine außerordentlich lange andauernde — wie es heißt, 42 Minuten lange — Besprungan mit kaltem Wasser aushalten mußte. Die Sache erregte ihrer Zeit großes Aufsehen und das Gehässige dabei wurde noch dadurch vermehrt, daß der Gefangene, der übrigens ein außerordentlich starker und kräftiger Mensch war, mit gefesselten Füßen und auf den Rücken zusammen gebundenen Händen diese Tortur ertragen mußte. Die Regierung sah sich daher veranlaßt, eine Untersuchung der Sache anzuordnen und das von der ernannten Commission abgegebene Gutachten soll nach den „Hamburger Nachrichten“ dahin lauten, daß der Tod durch zu lang andauernde Besprungan mit kaltem Wasser verübt ist — die betreffenden Ärzte — es sollen 3 zugegen gewesen sein — und die Strafanstalten werden daher gerügtlich zur Regenstaat gezogen werden. — Für die in Christiania zu gründende Handelschule sind an freiwilligen Beiträgen nicht weniger als 30,000 Sp. gezeichnet. Ein sehr erfreuliches Zeichen des Gemeinsinns und zugleich ein Beweis dafür, daß ein Bedürfnis wirklich vorhanden ist.

Provinzial-Zeitung.

■ Breslau, 27. November. [Handwerker-Verein.] Nachdem in voriger Woche Herr Director, Prof. Dr. Reimann die Trennung Livlands vom Reiche zum Gegenstand seines Vortrags gehabt hatte, führte auch der gestrige Vortrag Herr Director Dr. Höhnen uns in Ausland, indem der Redner in längeres Klischee setzte die Sitten und Gebräuche der Dänen in England und die Eroberung dieser Insel durch die Wikingersarben (räuberischer Einfall) dieses unter dem Namen der Normannen durch ganz Europa gefürchteten Volkes beschrieb. Herr Dr. Höhnen schilderte die Gebräuche dieses mutigen und den Deutschen naherwandten Volkes von ihrem ersten Einfall unter ihrem Seelenkönig (im 7. Jahrhundert) bis zur Herrschaft Karls des Großen. — Fragen waren nicht zu beantworten.

■ Breslau, 26. November. [Gabelsberger Stenographen-Verein.] Monats-Schluserversammlung. Der 2. Vorsitzende Herr Rector Heidler eröffnete gegen 8 Uhr die Monats-Schlusversammlung mit Kundgabe der Tagesordnung. Nach dieser fand zunächst die Aufnahme neuer Mitglieder und die Versprechungen innerer Angelegenheiten statt. An diese folgten seine Referate aus dem stenographischen Zeitschriften an. Von großem Interesse für die Versammlung und gewiß auch für weitere Kreise war das Referat aus dem Correspondenz-Blatt des Königl. sächs. stenogr. Instituts zu Dresden. Aus einem höchst interessanten Briefe, welchen der Verfasser vom General-Poß-Director Stephan erhalten, geht hervor, daß der Herr Stephan schon vor 15—20 Jahren Versuche mit der Stolz'schen Stenographie zur Verwertung derselben im Poßdienste gemacht, daß diese aber sich zur Schreibung von Eigen- und Ortsnamen, auf die es in Poßbetriebe antomne, nicht sonderlich eigne. Einen vom Professor Krieg gelegten Plan unterwarf der Herr General-Poß-Director einem eingehenden Studium und äußerte sich darüber wie folgt: „Dem Gabelsberger'schen Systeme wäre in Betracht der Sicherheit, Schnelligkeit und Deutlichkeit der auch außerhalb der gewöhnlichen Sprachform liegenden Begriffe und Bezeichnungen, nach seiner Ansicht der Vorzug einzuräumen. Das Problem, im Poßdienste nicht nur deutlich, sondern auch schnell zu stenographieren, scheine ihm das Gabelsberger'sche System nicht ohne Glück gelöst zu haben. Die Poßbeamten würden in dem Wege der Verordnung angehalten werden, den im Poßarchiv veröffentlichten Lehrgang zu memoriren und practisch anzuwenden. Rector Heidler stellte den Antrag, Herrn Prof. Krieg, zu den erzielten Erfolgen zu beglückwünschen und ihm zugleich den Dank des Vereins für seine Bemühungen auszuexpressen. Der Antrag wurde angenommen und der Vorsitzende beauftragt das Weitere zu veranlassen.“

Breslau, 28. November. Angelkommen: Krug v. Nidda, Rgl. Geh.-Rath und Ober-Berg-Hauptmann aus Berlin. Se. Durchlaucht Fürst von Radziwill, Rgl. Geh.-Rath, aus Warschau.

■ Landeshut, 27. November. [Eritunker.] Mangelschw. — Barrières. — Wittering. Gestern früh bemerkten Vorläufergehende oberhalb des großen Wehres an der Abendseite des Spinnerei-Etablissements, nahe der Schleuse im Bober einen Mann, welcher ohne Zweifel schon am Abende vorher dort hingeraten und ertrunken sein mußte. Auf Selbstmord ist hier nicht zu mulmachen, weil sich zu diesem Zwecke geeignete, d. h. tiefer und weniger frequenten Stellen hinreichend darbieten. Der Unglücks — vielleicht angetrunken — ist jedenfalls auf dem allgemeinen Fußwege, der von der Bahnhofstraße hinter der Spinnerei zur Promenade bei Wagner's Bleiche hin führt, gegangen und da diese ganze Strecke — wie hierorts an vielen Wegen üblich: ohne jede Barriere — vom Mühlgraben, resp. vom Bober begleitet ist, so hat er einen Fehltritt gehabt und ist ins Wasser gestürzt. Wie wohl der Bober an betreffender Stelle sehr seicht ist, so daß sich ein Erwachsener leicht retten kann, dürfte ihn in Folge des Sturzes ins kalte Wasser ein Schlagfluss getötet haben. Der Betreffende war unbekannt, sehr einfach — fast armlich — gekleidet, und über seine Persönlichkeit gab nichts Auskunft, da er keine Papiere bei sich hatte, als einen Zettel, welcher einen Auftrag zur Abholung einer größeren Quantität Soda aus einem hiesigen Geschäft für die Rudolph Schneider'sche Bleich-Anstalt in Schmiedeberg enthielt. Dieser Zettel dürfte zu näheren Ermittlungen führen. — Ob nur vielleicht derartige allgemeine Wege, welche an Wässern entlang führen, mit einer Barriere werden versehen werden? Wäre die Familie eines in Folge solcher mangelaufenen Begebenheiten berechtigt, auf Schadloshaltung für den verlorenen Ernährer gegen die Stadt Ansprüche zu machen? — Der begonnene Winter dauert zunächst fort, hat jedoch eine sehr gräßliche Phylloxerose: ganz eingetrübt, Himmel, dicke Nebel fast den ganzen Tag über, schwacher Schneefall, Morgens etwa 4, Mittags ca. 1 Grad Kälte, dabei einige Anzeichen bevorstehenden Umschlages, wozu es der vorherrschende Nordwind jedoch nicht kommen lassen will. — Während meist vollkommene Schlittenbahnen vorhanden ist, liegt auffälligerweise im Giederthale — nach Gräfslau bedeutend weniger Schnee.

■ Bries, 24. Nov. [Zur Kreisverwaltung.] Der Tagesordnung des zum 30. d. M. berufenen Kreistags sind die Rechnung von 1874 und der Entwurf zum Haushalt von 1875 beigegeben worden. Die Rechnung schließt mit einem Deficit von 996 Thlr. — Die Einnahmen aus dem Ordinarien betragen 5248 Thlr. und zwar an: Kapital-Zinsen 1247 Thlr., Geldern aus dem Dotationsfonds für Kreis-Ausschuß und Amtsbezirks-Verwaltungen 3787 Thlr., unbestimmten Gesällen 200 Thlr.; im Extraordinarium 504 Thlr., kurzgezahlte Kapitalien und verlaufte Effecten. Die Ausgaben betragen im Ordinarien 3948 Thlr. Die allgemeine Verwaltung kostete 1237 Thlr. und zwar erhielt der (nicht definitiv angestellte) Kreisausschuß-Sekretär 540 Thlr. Remuneration, 100 Thlr. betrug die Miete für das Amtslocal, 100 Thlr. die Remuneration für die Rendantur der Kreisstelle (dem städtischen Calculatur übertragen), 1955 Thlr. Kosten für die Amtsbezirks-Verwaltungen. An Kreislasten wurden 114 Thlr. für Wegbau, Erbbaugeschäft und Impfen gezahlt; an Unterstützungen 513 Thlr., darüber 200 Thlr. für die Veteranen (von 1806 bis 1814), 150 Thlr. Pension an den früheren Kreis-Thierarzt, 120 Thlr. für eine Freistelle an der Landwirtschaftlichen Mittelschule. Im Extraordinarium wurden verausgabt 2807 Thlr., davon 1144 Thlr. zu Kapital-Anlagen und 1662 Thlr. zu Kreis-Ausschuß-Einrichtung für Kreis-Ausschuß und Amts-Bezirke. — Der Kreis-Haushalt-Entwurf für 1875 (in der Marke aufgestellt) nimmt im Ordinarien und Extraordinarium ein Gleichgewicht von 19,995 Mark an. Im Ordinarien ist die Cinnahme auf 17,595 Mark angenommen, nämlich Zinsen vom Kapital-Bergrößen in Höhe von 4487 Mark 55 Pfennige; aus dem Kreis-Dotationsfond 11,661 Mark, unbestimmte Gesäße 680 Mark; Auschreibungen 780 Mark (Imposten). Für das Extraordinarium sind veranschlagt 1500 Mark zurückzuhaltende Kapitalien von den Darlehen an Angehörige der Reserve und Landwehr. — Das Ordinarien der Ausgabe ist berechnet auf 16,236 Mark, nämlich 1. Allgemeine Verwaltungskosten 12,431 Mark, wovon a) an den Kreis-Ausschuß die Remuneration für die Kreisausschuß-Sekretär 2100 Mark, an Schreibbüro 600 Mark, Diäten und Reisekosten für die Kreisausschuß-Mitglieder 1050 Mark, Miete für das Amtslocal 750 Mark, Heizung, Beleuchtung z. derselben 300 Mark — im Ganzen 579 Mark entfallen; b) auf die Amtsbezirks-Verwaltungen 6300 Mark; c) auf die Kreis-Communal-Casse 351 Mark, davon auf Rendantur-Gebühren 300 Mark. 2. Kreislasten 1800 Mark, welche verteilt sind auf Wegebauden 900 Mark, Militär-Erlaubnis 180 Mark, Imposten 780 Mark. 3. Unterstützungen 1485 M. Das Extraordinarium beträgt 2859 M., davon kommen zur Kapitalanlage 1500 M., zur Einrichtung des Bureau für den Kreis-Ausschuß und die Amtsbezirks-Verwaltungen und der Gefängnisse 1359 M. Aus der Verwaltung sind zwei der geschäftsführenden Kreisausschuß-Mitglieder geschieden, Bürgermeister Dr. Louis von Bries durch Verlassen des Kreises, Fabrik-Director Nitsche zu Koppeln (vor dem Bürgermeister zu Grünberg) durch freiwillige Niederlegung seines Amtes, so daß in der Kreisstadt von geschäftsführenden Kreisausschuß-Mitgliedern nur noch Justizrat Schöneder zur Arbeitsleistung übrig geblieben ist; vom Lande gehören zum Kreis-ausschuß-Gutsbesitzer Winkler in Schönfeld, zugleich Kreis-Deputirter, und die Landgemeinde-Abgeordneten Scholz, Kuka in Kauern und Scholz, Raab in Bindel. Eine der Vorlagen für den nächsten Kreistag enthält Anträge auf Erbauung von Chausseen im Kreise von mehr als 12 Meilen Länge, und auf Übernahme der im Kreise Bries liegenden Strecke der Bries-Schlemer-Acien-Chaussee; nur ein Theil dieser neuen Straßen würde die Kreisstadt berühren, ein erheblicher Theil würde nur die östliche Hälfte des Kreises nahe den Kreisgrenzen durchqueren und Karls markt, Stobrat, Koschen, Loschen über Michelau mit dem Großlauer Kreise verbinden und fast 5 Meilen lang sein. Ohne eine Kreisanleihe würde der bisher mit Schulden nicht behaftete Kreis Bries diese so umfassenden neuen Verkehrs-Einrichtungen nicht schaffen können.

= Neisse, 27. Novbr. [Eisenbahnabnahme.] Gestern fand die landespolizeiliche Prüfung und Abnahme der Eisenbahnstrecke Giesmannsdorf-Camenz statt. — An der selben nahmen Theil seitens der königl. Regierung zu Oppeln Reg.-Rath Heidfeld und Regierungs- und Baurath Bering, seitens der beteiligten Kreise die Landräthe Freiherr v. Scherr-Dohs hier selbst und Dr. v. Ohlen-Woltersson aus Großlau, sowie der Bau-Inspector Hösner von hier, seitens der Direction der Oberschlesischen Eisenbahn der Geheimen Regierungs- und Baurath Simon und die Eisenbahnbeamter Biered und Busse; außerdem war Bürgermeister Wiede aus Ottmachau anwesend. Die Bahnlinie fand sich vollständig fertig gestellt und gab zu keinen Bemängelungen Veranlassung, so daß voraussichtlich landespolizeiliche Bedenken gegen die Eröffnung des Betriebes nicht werden erhoben werden. — Bei Gelegenheit dieses Termines wurde durch den Vertreter der Stadt Ottmachau wiederholt die Anlegung eines direkten kürzesten Zubrweges vom Bahnhofe nach der Stadt auf Kosten der Eisenbahn-Gesellschaft angeregt. Indeh scheint es, als ob auf Seiten der Direction hierfür eine Bereitwilligkeit nicht vorhanden sei. Ob von Landespolizei wegen im Interesse der Stadt Ottmachau eine Einwirkung auf die Bahnverwaltung mit Erfolg ausgeübt werden kann, steht dahin.

Sprechsaal.

Übergärtige Biere.

Bierbier von Bier-Consumenten gebürtigen klagen über Verbauungsgeschäfte, Erbrennen, Schlaflosigkeit und andere Beschwerden nach dem Genuss der sogenannten Flaschenbiere, die in kleinen, dem Verkehr nicht zugänglichen Städten vorzugsweise getrunken werden, bestimmten mich, meine Aufmerksamkeit diesen unter den verschiedensten Bezeichnungen einführenden Fabrikaten zuzuwenden und dieselben einer chemischen Analyse zu unterwerfen. Besonders ist es aber die von Jahr zu Jahr sich steigende Consumption der verschiedenen Biere, welcher, da sie einen wesentlichen Einfluß auf die Sitten und namentlich Lebensweise der meisten Nationen ausübt, es im Interesse der Verbraucher dieser Fabrikate dringend erforderlich, die Zusammensetzung einiger solcher kennen zu lernen, da deren schädliche, die Gesundheit zerstörende, den Geist erschlaffende Wirkung nur Wenigen bekannt sein dürfte:

Das von diesen Restaurateuren erhaltenen und von mir untersuchte Flaschenbier war in einem Falle eine intensiv dunkle Flüssigkeit, welche ein specifisches Gewicht von 1,245 hatte und in 100 Theilen enthielt:

63,5 Wasser,	31,3 Stärkezucker,
4,0 Alcohol,	1,2 Aloë-Extract.

In einem andern Falle erhielt ich eine Flüssigkeit von hellgelber Farbe, welche ein spec. Gewicht von 1,123 hatte und in 100 Theilen zusammengefaßt war aus:

70,5 Wasser,	21,0 Stärkezucker,
4,5 Alcohol,	2,5 Quassa-Extract,
1,5 Colchicin.	

Beide Fabrikate sind dem menschlichen Organismus unzweifelhaft schädlich und zwar ersteres wegen seines Aloës, das andere wegen seines Colchicina-Gehalts, ganz abgesehen davon, daß das Quassa-Bitter, täglich genossen, auch nicht auf den Körper wohlthun einwirkt. Der gänzliche Mangel an Malz-Extract in beiden Fabrikaten macht die Bezeichnung „Kräfftigungsmittel“, was ein gutes Bier doch immer sein soll, illusorisch. Es dürfte vielleicht eine nicht ganz ungerechtfertigte Annahme sein, daß aus den Brauereien entnommenen Bieren schädliche Substanzen erst später zugesezt werden, denn Bier aus B..... in R. hatte ein spec. Gewicht von 1,255 und enthielt in 100 Theilen:

60,5 Wasser,
33,5 Malz-Extract,
3,2 Alcohol.

Bier aus S..... ebenfalls enthielt in 100 Theilen

65,5 Wasser,
30,5 Malz-Extract,
2,5 Alcohol.

Beide Fabrikate enthielten phosphorsaure Salze, ersteres namentlich in entsprechender Menge, deren in einem Weingeiste 15,0 enthalten war das Gewicht desselben etwa 0,8 mitin reichlicher vorhanden, als in der Süßmilch. Wie wichtig aber die Anwesenheit phosphorsaurer Salze im Bier ist, geht daraus hervor, daß dieselben die Nahrhaftigkeit des Biers bedingen, indem sie den gleichzeitig genossenen, stoffhaltigen Bestandteilen während des Verdauungs-Prozesses zur Fixirung dienen, die ohne ihre Gewährung durch den Körper hindurch gehen würden.

Die Eingangs dieser erwähnten Bestandteile, unter denen Biertrinker zu leiden haben, sind daher zurückzuführen, einmal auf die Anwesenheit phosphorsaurer Salze im Bier ist, geht daraus hervor, daß dieselben die Nahrhaftigkeit des Biers bedingen, indem sie den gleichzeitig genossenen, stoffhaltigen Bestandteilen während des Verdauungs-Prozesses zur Fixirung dienen, die ohne ihre Gewährung durch den Körper hindurch gehen würden.

J. W. in R.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraph. Bureau.)

St. Gallen, 27. Novbr. Der Große Rath genehmigte bei der Beratung der Verfassungsrevision den von der Majorität der Commission gestellten Antrag, betreffend die Maßnahmen zur Sicherung der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Derselbe statuirt die freie Ausübung des Gottesdienstes und die Oberaufsicht des Staates über die Religionsgenossenschaften, über die Kirchengüter, die confessionellen Centralfonds und die Wahl der Geistlichen.

Paris, 27. November. Die Antwort des Herzogs von Decazes auf das vom spanischen Gesandten überreichte Memorandum soll, wie die „Agence Havas“ erfährt, dem spanischen Gesandten morgen zugesetzt werden. — In einer von carlistischer Seite heute hier eingelangten Depesche wird zugestanden, daß die Carlisten bei dem Angriff auf San Marcial zurückgeworfen worden sind; dagegen wird behauptet, die Carlisten hätten den Bahnhof von Irún besetzt.

Rom, 27. November. Die Deputiertenkammer hat 304 Wahlen welche bis jetzt vom Ausschuß geprüft und in Ordnung befunden worden sind, als gültig anerkannt. Ministerpräsident Minghetti hat den Voranschlag über den Stadthaushalt für 1875 der Kammer bereits vorgelegt. Die vorgestern gewählten, der Rechten angehörigen 6 Schriftsführer der Kammer haben in Folge des Umstandes, daß die gestern gew

Berliner Börse vom 27. November 1874.

Wechsel-Course.	
Amsterdam	250 Fl. 8 T. 3 ^{1/2} 144 ^{1/4} bz
do.	2 M. 3 ^{1/2} 143 ^{3/4} bz
Augsburg	100 Fl. 5 ^{1/2} 56.20 G
Frankf. M. 100 F.	2 ^{1/2} 5
Leipzig 100 Thlr.	6 99 ^{1/4} G
London 1 Lst.	3 M. 5 62 ^{1/4} bz
Paris 300 Frs.	8 T. 5 81 ^{1/4} bz
Petersburg 1000 R.	3 M. 6 93 ^{1/4} bz
Warschau 90 SR.	8 T. 6 94 ^{1/4} bz
Wien 150 Fl.	8 T. 5 91 ^{1/4} bz
do.	do. 2 M. 5 90 ^{1/4} bz

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe 4 ^{1/2}	— —
Staats-Anl. 4 ^{1/2} %	— —
do. consolid.	4 ^{1/2} 105 ^{1/2} bz
do. 4 ^{1/2} 99 ^{3/4} bz	
Staats-Schuldscheine 3 ^{1/2}	91 ^{1/4} bzB
Präm.-Anleihe v. 1855 3 ^{1/2}	128 ^{1/4} G
Berliner Stadt-Oblig.	104 ^{2/4} B
Rentenbriefe, Pfandb.	100 ^{7/8} bzG
Pommersche 3 ^{1/2}	87 G
Posenische 4	93 ^{1/4} bz
Schlesische 3 ^{1/2}	85 ^{1/4} G
Kur. u. Neumärk. 3 ^{1/2}	97 ^{1/4} bzG
Pommersche 4	97 ^{1/4} G
Posenische 4	97 ^{1/4} etbB
Preußische 4	97 ^{1/4} G
Westfäl. u. Rhein. 4	98 ^{1/4} bz
Sächsische 4	98 ^{1/4} bz
Badische Präm.-Anl.	117 B
Baierische 4 Anleihe	117 ^{1/2} G
Cöln-Mind. Prämisch.	104 B
Kurh. 40 Thlr.-Loose 76 ^{1/4} G	
Badische 35 Fl.-Loose 41 ^{1/4} bz	
Braunschw. Präm.-Anleihe 23 ^{1/2} 10 G	
Oldenburger Loose 41 ^{1/4} G	
Louisd. 110 ^{1/4} G 11 ^{1/2} % Fremd.Bkn. 99 ^{3/4} bb	
Ducaten 10 — Oest. Kbn. 91 ^{1/4} bz	
Sover. 6,24 ^{1/2} bz do. Silbgld. 96 bz	
Napoleons 5,13 bz do. 4 ^{1/2} - 95 ^{1/4} bz	
Imperialis 5,18 G Russ.Bkn. 94 ^{1/4} bb	
Dollars 1,11% G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Part.-Obl.	100 ^{1/4} bzG
Krpk.Pft.d.Pf.Hyp. B4 ^{1/2}	100 ^{1/4} bz
Deutsche Hyp.-Kb. Pkt.	95 ^{1/4} G
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	100 ^{1/4} bz
Unkünd. do. (1872) 5	102 ^{1/4} bz
do. rückbz. à 110	110 ^{1/4} bz
do. do. do. 4 ^{1/2}	99 ^{1/4} bzB
Unk. II. d.Pr.Bd.Crd. 5	102 ^{1/4} bz
III. Em. do. 101 bz	
Kündbr.Hyp.-Schuld. 5	99 ^{1/4} bz
Hyp. Anth. Nord.-G. C. B.	101 ^{1/2} G
Pomm. Hypoth.-Briefe 5	102 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	106 ^{1/4} bz
do. II. Em. 5	104 ^{1/4} bz
do. 5% Pfk.rkzlb.m.110	101 ^{1/4} bz
Meiningen Präm.-Pfd. 5	101 ^{1/2} bz
Oest. Silberpfandb.	5 ^{1/2} 72 ^{1/4} bzG
do. Hyp.Crd.Phdb. 5	88 ^{1/4} bz
Pfb.d.Oest.Bd.-Cr.-G.	88 ^{1/4} G
Schles.Bodener.Pfhd.b.	100 ^{1/4} bz
do. do. 4 ^{1/2} 94 ^{1/4} G	
Siid. Bod.-Cred.-Pfd. 5	102 ^{1/4} G
Wiener Silberpfandb. 5 ^{1/2} 71 ^{1/4} bz	

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente . . .	41 ^{1/2} 68 ^{1/4} % - 1 ^{1/2} bz
Papierrente . . .	41 ^{1/2} 64 bz
do. 54 ^{1/2} Präm.-Anl. 4	107 ^{1/4} bz
do. 50% Pfk.rkzlb.m.110	101 ^{1/4} bz
Meiningen Präm.-Pfd. 5	101 ^{1/2} bz
Oest. Silberpfandb.	5 ^{1/2} 72 ^{1/4} bzG
do. Hyp.Crd.Phdb. 5	88 ^{1/4} bz
Pfb.d.Oest.Bd.-Cr.-G.	88 ^{1/4} G
do. do. 4 ^{1/2} 94 ^{1/4} G	
Südd. Bod.-Cred.-Pfd. 5	102 ^{1/4} G
Wiener Silberpfandb. 5 ^{1/2} 71 ^{1/4} bz	

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Serie II. 4 ^{1/2}	83 ^{1/2} bz
do. III.v.St.3 ^{1/4} -G.3 ^{1/4}	83 ^{1/2} bz
do. V. 4 ^{1/2}	99 ^{1/4} bzG
Hess. Nordbahns	5 163 ^{1/4} B
Berlin-Görlitz . . .	5 103 ^{1/2} B
do. 97 ^{1/2} bz	
Breslau-Freib. Litt. D.	4 ^{1/2} 97 ^{1/2} bz
do. do. G. 4 ^{1/2}	99 ^{1/4} B
do. do. H. 4 ^{1/2}	99 ^{1/4} B
Cöln-Minden . . . III.	4 ^{1/2} 94 G
do. . . . do. 4 ^{1/2} 101 B	
do. . . . IV. 4 ^{1/2} 94 bz	
do. . . . V. 4 ^{1/2} 92 ^{1/4} bz	
Halle-Sorau-Guber. 5	95 ^{1/4} B
Hannover-Altenbekken 4 ^{1/2}	—
Märkisch-Posener . . .	102 B
N.M. Staatsb. J. Ser.	97 G
do. do. H. Ser.	—
do. do. Obi.III. 4 ^{1/2}	97 G
do. III. Ser.	97 B
Oberschles. A. . . .	—
do. B. . . . 3 ^{1/2}	
do. C. . . . 4 ^{1/2}	93 ^{1/4} G
do. D. . . . 3 ^{1/2}	93 ^{1/4} G
do. E. . . . 3 ^{1/2}	85 G
do. F. . . . 4 ^{1/2}	—
do. G. . . . 4 ^{1/2}	99 ^{1/4} bzG
do. H. . . . 4 ^{1/2}	101 cbzB
do. I. . . . 3 ^{1/2}	103 G
do. II. . . . 4 ^{1/2}	103 G
do. III. . . . 4 ^{1/2}	103 G
In Liquidation.)	
Berliner Bank . . . 14	0 fr. 77 ^{1/2} bzG
Berl. Lomb.-Bank 11 ^{1/2}	0 fr. 101 B
Berl. Makler-Bank 11	0 fr. 27 bzG
Berl. Wechselbk. 0	0 fr. 49 bz
Centr.al f. Ind. u. Hand.	5 101 B
Coburg Cred.-Bk.	4 ^{1/2} 50 bzG
Danziger Priv.-Bk.	7 ^{1/2} 7 ^{1/2} bz
Darmst. Creditib.	15 10 ^{1/2} 100 bz
Darmst. Zettelbk.	7 7 ^{1/2} 100 bz
Deutsche Bank . . .	8 4 ^{1/2} 89 G
do. Hyp.-B. Berlin	6 5 ^{1/2} 90 ^{1/4} bzG
Deutsche Unionsb. 9 ^{1/2} 1	4 ^{1/2} 79 etbG
Disc.-Com.A. . . . 27	14 107 ^{1/2} bz
Genossensch. Bk. 10 ^{1/2}	3 103 G
Großens. Sch. Bk. 10 ^{1/2}	3 104 G
Gwbl.Schuster.u.C. 10	0 71 ^{1/2} bzG
Goth.Grunderb.C.	9 ^{1/2} 111 ^{1/2} B
Hamb. Vereins-Bk. 13 ^{1/2} 105 ^{1/2} B	
Hannov. Bank . . . 6 ^{5/4}	7 ^{1/2} 103 ^{1/2} bzG
do. Disc.-Bk.	5 0 75 ^{1/2} bz
Hessische Bank . . . 6 ^{1/2}	0 80 bzG
Königsb. do. 8	0 69 G
Ldw. B. Kwielecki 6	0 80 bzG
Pr.-Cred.-Anst. 15	15 138 ^{1/2} B
Luxemburg. Bank 12	8 ^{1/2} 118 B
Magdeburger do. 5 ^{1/2}	6 ¹⁰ 111 B
Meiningen . . . 12	5 48 ^{1/2} bz
Moldauer Lds.-Bk.	4 51 B
Nordd. Bank . . . 13 ^{1/2}	104 ^{1/2} 147 ^{1/2} bz
Nordd. Grunderb. 13 ^{1/2}	7 ^{1/2} 103 ^{1/2} G
Oberlausitzer Bk. 8 ^{5/4}	0 70 B
Oest. Cred.-Action 18 ^{1/2}	4 140 ^{1/2} 39 ^{1/2} bz
Ostdeutsche Bank . . . 8	4 78 ^{1/2} Bp. Dec.
Ostd. Product.-Bk. 8 ^{1/2}	0 10G 140-39-30
PosnerProv.Bank 6 ^{1/2}	7 ^{1/2} 108 ^{1/2} B
Preuss. Bank-Akt. 13 ^{1/2}	20 163 etb
Pr.-Bd.-Cr.-Act. 15	4 108 ^{1/2} bzG
Pr.-Cent.-Bod.-Cr.	9 ^{1/2} 120 bzG
Sächs. B. 60 % I. S.	12 127 ^{1/2} B
Sächs. Cred.-Bkd. 10	0 75 ^{1/2} bzG
Schl. Bank. - Ver. 14	6 108 ^{1/2} B
Schl. Centralbank 13	8 63 ^{1/2} B
Schl. Vereinsbank 9	7 92 ^{1/2} G
Thüringer Bank 14	8 101 bzG
Weimar. Bank . . . 8	5 93 ^{1/2} bz
Wiener Unionsb. 5	0 66 ^{1/2} B

Industrie-Papiere.	
Baugess. Plessner 14	0 4 23 ^{1/2} G
Berl.Eisenb.-Bd A 11 ^{1/2}	6 ^{3/4} 126 ^{1/2} B
D. Eisenahnb.-G. 0	4 31 ^{1/4} bz